

## A. Einleitung

### A.1. Ausgangssituation und Eingrenzung der Untersuchung

In den letzten Jahrzehnten wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen, welche Banken verpflichten, Informationen für den Staat zur Erfüllung originär staatlicher Aufgaben bereitzustellen. Vor allem nach den Terrorereignissen im Jahr 2001 wurden Vorschriften neu eingeführt oder bestehende verschärft und ein Ende dieser Tendenz ist derzeit nicht absehbar.

Die wissenschaftliche Diskussion über die Normen<sup>1</sup>, welche Gegenstand dieser Arbeit sind, fand, wenn überhaupt, dann bisher ausschließlich unter juristischen Aspekten statt. Eine kritische Diskussion der Normen abseits des juristischen Aspekts und auch die Analyse der vielfältigen Auswirkungen unterblieb bisher. Aus diesem Grund soll diese Arbeit die Lücken schließen, wobei die juristischen Aspekte bis auf das Nötigste reduziert werden.

Im Rahmen dieser Arbeit, die sich sehr kritisch mit den informationsanfordernden Normen auseinandersetzt, könnte beim Leser der Eindruck entstehen, der Autor würde die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Terrorismus usw. nicht unterstützen. Dem soll hiermit entschieden entgegen getreten werden. Trotz vollkommener Übereinstimmung mit den Zielen der Normen muss es aber erlaubt sein, diese kritisch zu analysieren, ohne sich selbst der Begünstigung von Steuerhinterziehung, Terrorismus usw. schuldig zu machen.

#### A.1.1. Tendenz zur Inkorporierung der Banken für staatliche Aufgaben

Artopoulos Wolfgang, der bis 2001 Präsident des Bundesaufsichtsamts für Kreditwesen war, führte aus: „Die Kreditwirtschaft ist ein Gewerbe, das Grundbedürfnisse befriedigt und dessen [gutes] Funktionieren daher unverzichtbar ist. Diese besondere Stellung und Funktion hebt die Kreditinstitute aus dem Kreis anderer Unternehmungen heraus und macht sie nicht nur zum Adressaten besonderer staatlicher Regulierung, sondern in mancherlei Beziehung auch zum Instrument oder Erfüllungsgehilfen staatlicher Politik.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Normen sind Gesetze, Verordnungen und Richtlinien. Der Begriff Norm ist also weiter zu fassen als der Begriff Gesetz.

<sup>2</sup> Vgl. Thielemann, Ulrich (2003), S.42.

Die Inkorporierung der Banken beschränkte sich lange Zeit nur auf sehr abgegrenzte Teilbereiche, wie z.B. der Einbehaltung von Steuern auf Kapitaleinkünfte. Neuere Ansätze gehen jedoch noch viel weiter und machen die Banken faktisch zu staatlichen Ermittlungs- und Verfolgungsorganen. Dadurch wird das Bankgeheimnis nicht nur punktuell durchbrochen, sondern automatisch gegenüber staatlichen Organen beseitigt, weil Banken Informationen für Zwecke bereitstellen müssen, die an sich originär staatliche Aufgaben darstellen.<sup>3</sup>

Die Bank wechselt somit die Rolle von einer privaten zu einer punktuell staatlichen Institution. Die Bank als Ermittler und Informationsbereitsteller kann aber so nicht mehr der Geheimnisträger sein, den der Bankkunde erwartet. Mit zunehmender Tendenz wird das Bankgeheimnis durch informationsanfordernde Normen aufgehoben.

### *A.1.2. Überblick über die informationsanfordernden Normen*

Die deutschen Banken sind rechtlich verpflichtet, Informationen für staatliche Stellen zur Verfügung zu stellen. Im Folgenden werden, der Übersicht halber, alle Normen kurz dargestellt, welche für das Thema dieser Arbeit relevant sein könnten, bevor die Untersuchung dann auf bestimmte Normen eingegrenzt wird:

#### 1. Automatisiertes Kontenabfrageverfahren (§ 24c KWG)

Verpflichtung der Kreditinstitute, eine Datei mit Kontenstammdaten der Kunden zum Abruf durch die BaFin zur Verfügung zu stellen.

Zweck: Bekämpfung der Geldwäsche, des Terrorismus, des illegalen Schattenbankwesens und des unerlaubten Betreibens von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften, sowie Verfolgung und Ahndung sonstiger Straftaten und hier v.a. Sicherstellung der Besteuerung.<sup>4</sup>

#### 2. Kapitalbesteuerung (Zinsabschlag-/ Kapitalertrag-/ Abgeltungssteuer (§§ 43 ff. EStG; § 45a Abs. 2 und 3 EStG; § 45d EStG))

Verpflichtung der Banken, derlei Erträge einzubehalten und an das Finanzamt abzuführen; Berücksichtigung erteilter Freistellungsaufträge, sowie von NV-Bescheinigungen; Ausstellung von Steuerbescheinigungen; jährliche elektronische Meldung der Daten der freigestellten Erträge an das Bundeszentralamt für Steuern.

Zweck: Sicherstellung der Besteuerung von Kapitaleinkünften, Meldung der Freistellungsdaten, darüber hinaus auch zur Verhinderung von Sozialbetrug.

#### 3. Meldepflicht der Zinserträge (EU-Zinsrichtlinie) (§ 8 ZIV)

Meldepflicht der Zinserträge von nicht im Inland ansässigen EU-Bürgern an das Bundesamt für Finanzen ab Juli 2005. Auskunftserteilung in Form von Kontrollmitteilungen über Spareridentität sowie Höhe der Zinsen und Erlöse zur Weiterleitung an ausländische Finanzbehörden.

Zweck: Informationsaustausch innerhalb der EU zur Sicherstellung der Besteuerung.

---

<sup>3</sup> Vgl. Weber, Manfred (1996), o.S.

<sup>4</sup> Eingeführt April 2003 und erweitert im April 2005 (für Finanzbehörden).

#### 4. Erbfallmeldung (§ 33 ErbStG/§ 20 Abs. 6 ErbStG)

Verpflichtung der Kreditinstitute zur Meldung sämtlicher verwahrter Vermögenswerte eines Kunden nach dessen Tod. Haftung der Bank, wenn sie Auszahlungen ins Ausland/an im Ausland wohnhafte Erben vornimmt, bevor die ErbSt entrichtet/sichergestellt ist.

Zweck: Sicherstellung der Besteuerung

#### 5. Abtretung von Lebensversicherungsansprüchen (§ 29 EStDV)

Verpflichtung der Banken, dem Finanzamt die Abtretung von Lebensversicherungsansprüchen zur Sicherung bzw. Tilgung bestimmter Darlehen anzuzeigen.

Zweck: Erfassung steuerschädlicher Abtretungsfälle, Verhinderung des Missbrauchs steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten.

#### 6. Jahresbescheinigungen (§ 24c EStG)

Verpflichtung den Kunden eine zusammenfassende Bescheinigung über sämtliche Kapitalerträge und Einkünfte aus Wertpapierveräußerungsgeschäften sowie aus Termingeschäften ab dem 31.12.2003 zu erteilen.

Zweck: Verbesserung der Erfassung dieser Einkünfte, Hilfestellung beim Ausfüllen der Steuererklärung.

#### 7. Auskunftersuchen an Kreditinstitute (§ 93 AO)<sup>5</sup>

Kreditinstitute müssen auf Anforderung Auskünfte über Vermögenswerte von Kunden erteilen. (Sammelauskunftersuchen)

Zweck: Sicherstellung der Besteuerung.

#### 8. Geldwäschebekämpfung (GwG)

Verpflichtung der Banken, Finanztransaktionen, welche einen Verdacht der Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung begründen, den zuständigen Strafverfolgungsbehörden und in Kopie dem Bundeskriminalamt (BKA) anzuzeigen.

Zweck: Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung

#### 9. Sanktionsverordnungen

Verpflichtung der Banken, sowohl Kundenstammdaten als auch den Zahlungsverkehr hinsichtlich der Namen von sanktionierten Personen, Gruppen und Organisationen zu prüfen und die Gelder einzufrieren, die Behörden zu informieren bzw. den Zahlungsverkehr zu unterbinden.

Zweck: Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung

#### 10. Besondere organisatorische Pflichten im grenzüberschreitenden bargeldlosen Zahlungsverkehr (§ 25b KWG)

Prüfung und Erfassung von Daten (z. B. Name, Kontonummer, Anschrift) bei Überweisungen in einen Staat außerhalb der EU.

Zweck: Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung

#### 11. Meldepflichten für statistische Zwecke (§ 18 Bundesbankgesetz)

Die Deutsche Bundesbank ist berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiet des Geldwesens, bei allen Kreditinstituten Informationen anzufordern und hieraus Statistiken zu erstellen. Auf dieser Grundlage werden bspw. Informationen für die Bilanzstatistik sowie die Zinsstatistik von den Kreditinstituten angefordert.

Zweck: Einheitliche Geldpolitik der EZB, Überwachung der monetären Entwicklung, Beurteilung der Wirkung geldpolitischer Maßnahmen.

#### 12. Meldepflichten nach Außenwirtschaftsgesetz und –Verordnung (§ 26 Abs.2 AWG; §§ 59 - 64, § 69 AWW)

Bei Zahlungen ins Ausland sind bestimmte statistische Meldevorschriften zu beachten.

Zweck: Außenhandelsstatistik der Deutschen Bundesbank

---

<sup>5</sup> 1977 und (7) und (8) eingefügt am 23.12.03 und 22.09.05 mit BGBl I, 2829 und 2809.

### 13. Meldepflichten für Transaktionen mit Beteiligung einer Bank (§ 9 WpHG)

Tägliche Meldung sämtlicher börslicher und außerbörslicher Geschäfte von börsennotierten Wertpapieren und Derivaten, wenn ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen beteiligt ist, an die BaFin.

Zweck: Erleichterung der Verfolgung von Insiderhandelsverstößen durch die BaFin.

### 14. Auskunftersuchen der BaFin/ Börsenaufsicht (§ 4 WpHG; § 2 Abs. 1 BörsG)

Bei Anhaltspunkten für Verstöße von Kreditinstituten oder deren Kunden gegen das WpHG (u.a. Insiderverhalten, Kurs- und Marktpreismanipulation, aber auch allgemeine Verhaltensregeln) können die BaFin und Börsenaufsichtsbehörden von Banken detaillierte Auskünfte verlangen.

Zweck: Bekämpfung von Missständen am Kapitalmarkt

### 15. Auskunftspflicht im Rahmen von Übernahmeverfahren (§ 40 WpÜG)

Die BaFin kann von Banken die Auskunftserteilung und die Vorlage von Unterlagen verlangen, die für die Überwachung der Pflichten gemäß § 31 WpÜG notwendig sind.

Zweck: Ermittlung durch die BaFin, ob eine Person wegen Erlangung der Kontrolle über die Zielgesellschaft ein Pflichtangebot abgeben muss.

### 16. Anzeigepflicht für Groß- Millionen- und Organkredite (§ 13-15 KWG)

Anzeigepflicht der Kreditinstitute gegenüber der Bundesbank, wenn ein Kredit 10% des haftenden Eigenkapitals übersteigt (Großkredit), oder der Kredit an einen Kreditnehmer mehr als 1,5 Mio € beträgt (Millionenkredit), oder in bestimmten Fällen auch Angaben über Kredite an ein Organ eines Kreditinstitutes.

### 17. Pflicht zur Anzeige von Verdachtsfällen (§ 10 WpHG)

Anzeigepflicht von Kreditinstituten gegenüber der BaFin, wenn Tatsachen vorliegen, die den Verdacht begründen, dass mit einem Geschäft über Finanzinstrumente gegen das Verbot von Insidergeschäften und Marktmanipulation verstoßen wird

Zweck: Effektivere Verfolgung durch die BaFin von Insiderhandelsverstößen, sowie Kurs- und Marktpreismanipulationen.

## A.1.3. Eingrenzung der Untersuchung

### a) Eingrenzung der relevanten Normen

Eine Eingrenzung der im Rahmen dieser Arbeit relevanten Normen erfolgt anhand der nachfolgend aufgeführten Bedingungen:

#### Informationsbeschaffung

Der Begriff „Informationsbeschaffung“ sei im Rahmen dieser Arbeit auf die Informationen beschränkt, die nur für staatliche Zwecke beschafft werden, wobei die Banken daran kein direktes eigenes Interesse haben. Beschaffung heißt nicht unbedingt, dass die Information sofort an staatliche Stellen weitergegeben wird, sondern auch, dass diese für den staatlichen Abruf bereitzustellen ist. Beispielsweise sei hier die Geldwäschebekämpfung genannt, im Rahmen derer Informationen gesammelt werden, die dann erst in Verdachtsfällen oder bei Anfragen weitergegeben werden.

### Bankenspezifisch

Ausdrücklich ausgenommen werden Normen, die zwar der Informationsbeschaffung des Staates dienen, aber nicht ausschließlich bankspezifisch sind. So werden z.B. die Verpflichtungen zur Erstellung diverser allgemeiner Wirtschaftsstatistiken (z.B. Anzahl Beschäftigter), die Verpflichtung zur Rechnungserteilung (§14 UStG), die Meldung von Auslandsbeteiligungen (§ 138 Abs. 2 Nr. 3 AO) und diverse andere Informationslieferungen, der alle in Deutschland ansässigen Unternehmen (und nicht nur den Banken) unterliegen, ausgenommen.

### Personenbezogene Daten

Es werden ausschließlich Normen untersucht, die eine Verpflichtung zur Weiterleitung von personenbezogenen Daten beinhalten, also „Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person“,<sup>6</sup> die in elektronischer oder sonstiger Form von einer Bank einer staatlichen Einrichtung zur Verfügung gestellt werden. Somit sind z.B. Meldpflichten, die kumulierte Daten aller Bankkunden enthalten, nicht Gegenstand dieser Arbeit.

### Permanenter standardisierter Prozess

Die Vorschriften bedürfen der Umsetzung in einem Prozess, der laufend ausgeführt wird (z.B. systematisches scannen) und fest in die Prozesskette der Bank integriert werden muss.

Somit sind die diversen Adhoc-Auskunftsersuchen nicht Gegenstand dieser Untersuchung, da diese Normen die Weitergaben von Daten an staatliche Stellen in begründeten Einzelfällen erlauben, nicht jedoch eine systematische Überwachung aller Bankkunden.

### Direkte Informationsweitergabe

Die von den Banken zu sammelnden Informationen gehen direkt an oder stehen zum Abruf für staatliche Stellen direkt zur Verfügung. So ist z.B. die Verpflichtung der Banken zur Erstellung der Jahressteuerbescheinigung nicht Gegenstand dieser Arbeit, da diese Bescheinigung an den Bankkunden ausgehändigt wird. Ob die Jahressteuerbescheinigung im Rahmen der Einkommenssteuererklärung an die Finanzbehörden weitergeleitet wird, ist nicht im Einflussbereich der Bank.

---

<sup>6</sup> Vgl. § 3 BDSG (Bundesdatenschutzgesetz)

## Rechtswille

Die Arbeit beschränkt sich auf Normen, deren Rechtswille die Informationsbeschaffung für originäre staatliche Aufgaben ist. Diese originären staatlichen Aufgaben lassen sich in die folgenden zwei Gruppen unterteilen:

### *Schutz der Bevölkerung*

Die Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus (und damit auch der Schutz der Zivilbevölkerung) ist eine originäre Staatsaufgabe, was sich schon darin manifestiert, dass die Gesetzgebungskompetenz hierzu nach Art.73 I Grundgesetz ausschließlich beim Bund liegt. Somit ist die Terrorabwehr als eine originär staatliche Aufgabe zu sehen.

### *Gleichmäßige Steuererhebung*

„Die Finanzbehörden haben die Steuern nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig festzusetzen und zu erheben. Insbesondere haben sie sicherzustellen, dass Steuern nicht verkürzt, zu Unrecht erhoben oder Steuererstattungen und Steuervergütungen nicht zu Unrecht gewährt oder versagt werden.“<sup>7</sup> Weiter wird in der Abgabenordnung definiert, dass Steuern Geldleistung sind, die hoheitlich allen auferlegt werden, die den Tatbestand erfüllen, an den das Gesetz die Leistungsverpflichtung knüpft<sup>8</sup>.

Bereits daraus ergibt sich für die Finanzbehörden das Erfordernis, den steuerlich relevanten Tatbestand zu ermitteln.<sup>9</sup> Zusätzlich wird von Seiten der Finanzbehörden ausgeführt, dass sich die Verpflichtung, die Steuern gleichmäßig zu erheben, auch aus der grundgesetzlichen Norm, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind,<sup>10</sup> begründet und die Finanzbehörden als die vollziehende Gewalt dieser Norm verpflichtet sind<sup>11</sup>. Somit sind Normen, deren Rechtswille die gleichmäßige Steuererhebung ist, Gegenstand dieser Untersuchung.

---

<sup>7</sup> Vgl. § 85 AO (Abgabenordnung)

<sup>8</sup> Vgl. § 3 I Satz 1 AO.

<sup>9</sup> zusätzlich auch § 88 I AO.

<sup>10</sup> Vgl. Art.3 I und Art. 20 Abs. 3 GG (Grundgesetz) und ausführlich Neuwald Philip (1999), S.29.

<sup>11</sup> Vgl. Art.1 III GG „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“

### Nicht originär staatliche Aufgaben

Nicht Gegenstand dieser Arbeit sind Normen, die dem Anleger- oder dem Funktionsschutz der Banken dienen. In diesen Fällen ist der Staat zwar Garant einer Funktionsfähigkeit, hat aber keinen direkten Nutzen daraus.

Ein direkter Einfluss auf die o.g. staatlichen Aufgaben würde sich nur mittelbar ergeben z.B. durch Unruhen wg. Zusammenbruchs des Bankenwesens. Es muss hier deutlich zwischen der unmittelbaren originären Aufgabe des Staates (Schutz der Bevölkerung und Steuererhebung) und den mittelbaren Schutzfunktionen (Kunden- und Funktionsschutz) unterschieden werden. Zur näheren Erläuterung des Rechtswillens siehe detaillierter „Das allgemeine Bankrecht“ in B.1.

Unter Anwendung der o.g. Kriterien ergeben sich die folgenden, im Rahmen dieser Arbeit, relevanten Normen: (Schematische Übersicht siehe Anhang 2)

- Automatisiertes Kontenabfrageverfahren
- Geldwäschebekämpfung
- Abgeltungssteuer / Zinsabschlag/ Kapitalertragsteuer
- EU-Zinsrichtlinie (ZIV)
- Erbfallmeldung
- Meldung Abtretung von Lebensversicherungsansprüchen

#### b) Eingrenzung der Auswirkungen

Bei den o.g. Normen sind eine Vielzahl von Auswirkungen denkbar. So ergeben sich Hinweise auf die verschiedenen Auswirkungsmöglichkeiten aus den Begründungen der Gesetzesvorlagen, da hier neben den erwünschten Auswirkungen auch die möglichen unerwünschten Auswirkungen antizipiert werden, wenn auch nur teilweise und unvollständig (z.B. Kosten für die Banken).<sup>12</sup> In der politischen Diskussion werden aber auch oft gewünschte oder unerwünschte Auswirkungen als Argumente angeführt, ohne jedoch einen Beweis zu liefern, dass diese Auswirkungen genau auf diese Gesetze zurückzuführen sind. Hier soll, im Rahmen dieser Arbeit, der Versuch unternommen werden, Klarheit zu schaffen.

---

<sup>12</sup> Vgl. BT Drucksache 14/8017 S. 3: Punkt E. Es werden die Kosten für die Wirtschaft geschätzt, aber keine weiteren Auswirkungen aufgeführt oder bewertet.

Eine weitere Quelle für mögliche Auswirkungen sind historische Aufzeichnungen (hier v.a. die Erfahrungen mit der Kontenabfrage 1919 und der kleinen Zinsabschlagsteuer). Aber auch in Presseberichten lassen sich Hinweise auf Auswirkungen finden.

Dies macht es erforderlich, die Auswirkungen einzugrenzen. Hier ist zunächst zwischen den gewünschten primären Auswirkungen entsprechend dem Gesetzeszweck und Ziel und den anderen, oft als Sekundärauswirkung bezeichneten, unerwünschten Auswirkungen zu unterscheiden (z.B. Kosten der Umsetzung)<sup>13</sup>. Im Rahmen dieser Arbeit sind diejenigen Auswirkungen zu analysieren, die nicht dem Gesetzeszweck dienen oder diesem sogar konträr sind (unerwünschte Auswirkungen). Eine Gegenüberstellung dieser Auswirkungen mit den Auswirkungen entsprechend dem Gesetzeszweck wäre definitionsgemäß eine Gesetzesfolgeabschätzung und würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Die Untersuchung wird weiter ausschließlich auf bankspezifische Auswirkungen begrenzt, so z.B. Bargeldhaltung, Kapitalverschiebungen ins Ausland oder in den grauen Kapitalmarkt, da hier die Banken einen Einlagenverlust hinnehmen müssen und die Kreditvergabemöglichkeit eingeschränkt ist. Diese Auswirkungen sind ggf. mittelbare Folge der hier behandelten Normen. Es sind aber auch bankspezifische Auswirkungen in Form von Anforderungen an die Banken (organisatorischer Art) und deren Mitarbeiter (Schulungsbedarf und Verhaltensanweisungen), aber auch das Vertrauensverhältnis (Bankkunde – Bank) als die mögliche Vorstufe der bereits o.g. Auswirkungen (Vertrauensverlust führt zu Bargeldhaltung, Kapitalverschiebung), zu analysieren.

#### *A.1.4. Aktueller Forschungsstand / Studie Bürokratiekosten (IdW-Studie)*

Zum jetzigen Zeitpunkt ist keine Arbeit bekannt, die alle informationsanfordernden Normen, die den o.g. Eingrenzungen entsprechen, in Bezug auf die vielfältigen Auswirkungen behandelt. Bisherige Veröffentlichungen beschränkten sich auf Teilaspekte einzelner Normen und sind wenig fundierte politische Auftragsarbeiten, die nicht den Anspruch einer neutralen, wis-

---

<sup>13</sup> Beispiel: Das primäre Ziel der Drogenbekämpfung ist, Personen von den gesundheitlichen Schäden der Drogen fern zu halten. Eine der ungewollten (sekundären) Auswirkungen ist, dass durch die Illegalität der Drogen der Preis steigt (hohe Gefahr der Entdeckung und hoher Aufwand der Beschaffung) und Drogenabhängige zur Beschaffung der Hochpreisware Drogen andere illegale Taten vollziehen (sog. Drogenbeschaffungskriminalität: Einbruch, Raub usw.).



senschaftlich fundierten Arbeit erfüllen. Dennoch seien auch diese Ergebnisse in den einzelnen Kapiteln dargestellt, auch um einen direkten Vergleich zu den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit zu ermöglichen. Siehe hierzu D.1.5 (Bankgeheimnis) - E.2.3.a) (Kontenabfrage) - E.3.7.c) (Geldwäschebekämpfung).

Einzig in Bezug auf die Kosten, die bei den Banken durch informationsanfordernde Normen entstehen, ist eine Studie bekannt und wird im Folgenden vorgestellt:

#### Studie Bürokratiekosten in der Kreditwirtschaft

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat im Auftrag des Zentralen Kreditausschusses die „Bürokratiekosten in der Kreditwirtschaft“ (im folgenden IdW-Studie) untersucht und das Ergebnis in einem Gutachten im Dezember 2006 vorgestellt<sup>14</sup>.

Gegenstand der Studie waren nicht allgemeine bürokratische Belastungen, welchen alle Unternehmen in Deutschland unterliegen, sondern nur solche Informations- und Meldepflichten, denen Banken unterliegen.

Die methodische Grundlage zur Messung der Bürokratiekosten war der Standardkosten-Ansatz. Die Prozesse, welche zur Erfüllung bürokratischer Normen erforderlich sind, wurden in Teilprozesse untergliedert. In Befragungen wurde der Zeitverbrauch erfasst, den eine typische Bank zur Erfüllung eines bestimmten Teilprozesses benötigt und dieser wurde mit dem durchschnittlichen Lohnsatz multipliziert. Zusammen mit den zusätzlichen Sachkosten und dem Zyklus, mit welchem einer Informationspflicht nachgekommen werden muss, wurden so die Bürokratiekosten einer Norm berechnet und mit der Zahl der betroffenen Banken multipliziert. Da die gründliche und detaillierte Analyse des Zeitverbrauches sehr aufwendig ist, wurde diese Vorgehensweise nur für besonders wichtige und typische Normen, sogenannte Leitfälle<sup>15</sup>, vorgenommen. Die anderen bankspezifischen Vorschriften, die sogenannten Nicht-Leitfälle<sup>16</sup>, wurden durch Analogieschlüsse berechnet, indem die bereits bei den Leit-

---

<sup>14</sup> Vgl. IDW (2006), S. 18ff.

<sup>15</sup> Leitfälle sind: Geldwäsche, Zinsabschlag, Kontenabfrageverfahren, Statistisches Meldewesen, Umsatzsteuer und Jahressteuerbescheinigung.

<sup>16</sup> Nicht-Leitfälle: Meldepflicht Erbschaftssteuer; Meldepflicht Zinserträge, EU-Sanktionsverordnung; Lebensversicherungsansprüche; Auskunftersuchen; Riester-Rente; Meldung Wertpapiergeschäfte; Auskunftersuchen Wertpapiergeschäfte; Auslandszahlungen; Übernahmeverfahren; Auslandsbeteiligungen; Insidergeschäfte; Rücküberweisung Todesfall; Ansprüche aus Steuerschuldverhältnis.

Fällen analysierten ähnlichen Teilprozesse nach einem Baukastenprinzip genutzt wurden, um die Nicht-Leitfälle abzubilden und zu bewerten<sup>17</sup>.

Somit sind die Kosten für alle informationsanfordernden Normen für originär staatliche Aufgaben bereits analysiert und stellen sich wie folgt dar<sup>18</sup>:

| Norm                 | Kosten in € für Jahr 2005<br>für alle deutschen Banken<br>(inkl. der Implementierungskosten) |
|----------------------|--|
| Geldwäschebekämpfung | 775.000.000  |
| Zinsabschlag         | 628.000.000  |
| EU-ZIV               | 193.000.000  |
| Erbschaft            | 89.000.000   |
| Kontenabfrage        | 49.000.000   |
| Lebensversicherung   | 4.000.000  |
| Summe                | 1.738.000.000  |

Tabelle 1: Kostenübersicht der Normen

Eine detaillierte normspezifische Darstellung der Kosten findet sich in den späteren Kapiteln der informationsanfordernden Normen.

## **A.2. Zielsetzung und Vorgehensweise**

Das Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Analyse der vorweg eingegrenzten Auswirkungen der gesetzlichen Verpflichtungen der Banken zur Informationsbeschaffung für originär staatliche Aufgaben, bezogen auf die o.g. relevanten Normen.

Zuerst werden bei den Analysen und der Aufarbeitung der gesetzlichen Normen anhand der Literatur bereits die Anforderungen an die Banken expliziert dargestellt, so z.B. die Anforderungen an die Bankmitarbeiter oder IT-Systeme (organisatorische Auswirkungen).

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt aber in der empirischen Untersuchung der Auswirkungen in Bezug auf das Kundenverhältnis und mögliche Ausweichreaktionen der Kunden. Diese Auswirkungen haben aber gemein, dass die die Auswirkungen verursachenden Wirtschaftssubjekte gerade nicht wollen, dass ihre Auswirkungen erkennbar, ermittelbar und somit auch erforschbar sind, sodass es sinnvoll ist, dieses Forschungsfeld von mehreren Seiten zu untersu-

---

<sup>17</sup> Vgl. IDW (2006); S. 18ff.

<sup>18</sup> Eine Einschränkung auf die für diese Arbeit relevanten Normen wurde bereits in Kapitel A.1.3 Eingrenzung der Untersuchung vorgenommen.

Banken als Erfüllungsgehilfen staatlicher Politik  
Auswirkungen und Reaktionen

Heiden, M.

2013, XXV, 321 S. 30 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01835-1